

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 2

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zum Erfolg führen werden. Der Partei- und Staatsapparat blockiert schon verabschiedete Reformgesetze für die Wirtschaft mit passivem Widerstand.

Anders als die Ungarn und die Chinesen, die mit der Abschaffung des stalinistischen Staatsmodells bei der Landwirtschaft begannen, beharrte der Kremlführer für lange Zeit auf einer falschen Reformstrategie. Statt zuerst die Versorgungskrise zu lindern, was für ihn bei der Bevölkerung einen grossen Popularitätswachstum bedeutet hätte, will Gorbatschow zuerst die politischen Machtstrukturen reformieren. Und statt die Machteleite für seine Reformpolitik zu gewinnen, sagte er der Führungsschicht den Kampf an – ohne in der Parteizentrale und im Zentralkomitee eine sichere Hausmacht zu haben. Das ist eine äusserst riskante Politik, auch dann, wenn Gorbatschows Parteiopposition einsieht, dass die Sowjetunion ohne Reformen nicht mehr weitergeführt werden kann.

Da die Abkehr von der untauglichen Planwirtschaft einen Machtverlust der Funktionäre zur Folge hätte, wehrt sich der Staatsapparat beinahe en bloc, das Feld für eine kompetente, aber mehrheitlich parteilose Führungsschicht zu räumen. Ähnlich verhält sich das Militär zum Kremlchef, weil eine grossangelegte Abrüstungspolitik grosse Teile der Berufsoffiziere arbeitslos machen würde. Offenbar deshalb schrak bisher Gorbatschow vor dem Schritt zurück, die Rüstungsindustrie zugunsten der Konsumgüterproduktion zu verkleinern. Nur die Zulieferungen der Ostblockstaaten für die sowjetische Rüstung stellte er ab.

Die Parteiopposition ist in letzter Zeit offensiv geworden: «Wenn die Kapitalisten und der Papst uns loben, bedeutet dies, dass wir falsch liegen», kritisierte ein Redner Gorbatschows Kurs kürzlich im Sowjetparlament. Keine guten Vorzeichen für einen Parteichef, der auf der anderen Seite der Opposition unter Jelzin deshalb angegriffen wird, weil dieser Flügel – eine Minderheit – Gorbatschows Reformtempo für allzu langsam hält.

Zerreissprobe Selbstbestimmung

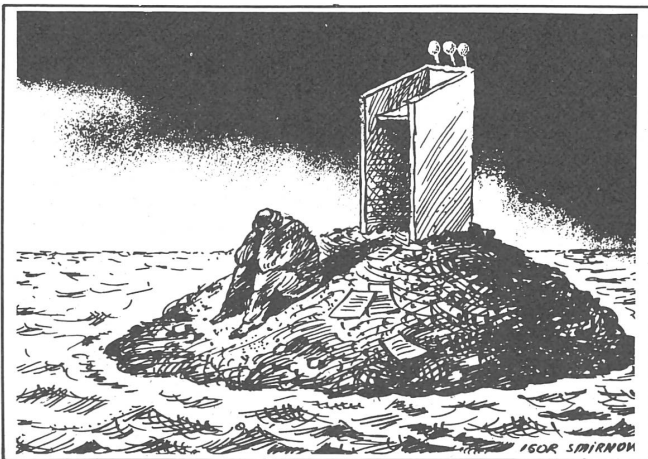
Dass Glasnost im Gegensatz zu Perestrojka voll zur Geltung kam, schuf wiederum andere Probleme. Die Liberalisierung führte zu Konflikten mit den mündig gewordenen nationalen Minderheiten.

Die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten beschwören jetzt eine direkte Gefahr für Gorbatschows Machtstellung herauf. Der KPdSU droht die Spaltung. Der Trennungsbeschluss der KP Litauens von der KPdSU bedeutet die bisher grösste Herausforderung für den Kremlchef, obwohl bekannt ist, dass alle drei baltischen Völker ausgesprochene Anhänger der Perestrojka sind. Doch wenn Gorbatschow das Selbstbestimmungsrecht der osteuropäischen Länder jetzt anerkennt, kann er das den Balten kaum verweigern. Um so weniger, als der Oberste Sowjet gerade im Dezember das Geheimprotokoll des Hitler-Stalin-Pakts von 1939 für null und nichtig erklärt hat – das Papier, das für Stalin die Okkupation und die Annektierung Lettlands, Estlands und Litauens ermöglichte.

Der kurz vor Weihnachten verstorbene Bürgerrechtler und Atomphysiker Sacharow meinte in seinem letzten Interview: «Die Frage nach einer Alternative zu Gorbatschow ist schwer zu beantworten. Gegenwärtig sehe ich keine alternative Persönlichkeit, und ich bezweifle, dass in der nächsten Zukunft eine solche erscheinen wird.» Wie man jetzt aus Moskau hört, sind auch Gorbatschows stärkste Gegenspieler von links und rechts, Ligatschow und Jelzin, der gleichen Meinung.

Eine Überraschung könnte also nur von der Seite des Militärs kommen. Maos Spruch: «Die Macht kommt aus dem Gewehrlauf» hat seine Gültigkeit auch in der Sowjetunion nicht verloren.

Beunruhigend ist nur, dass das neue, von Gorbatschow allein gebaute politische Gebäude leicht einstürzen kann, wenn er geht. ■



«Moscow News»,
Moskau, Nr. 44/1989

LIEBE LESER

Der kaukasische Konflikt ist als Auseinandersetzung zwischen Sowjetbürgern ein Bürgerkrieg, als Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien praktisch ein zwischenstaatlicher Krieg und als Abrechnung der turkstämmigen Aseri (Aserbaidschaner im ethnischen Sinn) mit den Armeniern ein Wiederaufflammen der alten Armenierverfolgung durch die Türken. In allen Belangen spielen die sowjetischen Streitkräfte von MWD und Armee die Rolle einer von aussen geschickten Feuerwehr.

Die sowjetische Schuld an dieser Krise liegt strukturell an der territorialen Aufteilung aus der stalinistischen Zeit, als man Nagorni Karabach der aserbaidschanischen Verwaltung unterstellte und andererseits die aserbaidschanische Exklave von Nachitschewan im Südwesten von Armenien zuließ. Dafür kann die jetzige Sowjetführung nichts. Bloss hat sie aus Angst, etwas falsch zu machen, an der übernommenen Ordnung auch dann noch festgehalten, als diese unmöglich wurde. Als vor zwei Jahren der Konflikt um Karabach offen ausbrach und in Aserbaidschan die ersten Massaker an Armeniern stattfanden, zerbrach die Fiktion des internationalistischen Zusammenlebens in der sowjetischen Völkerfamilie, aber Moskau wollte das nicht wahrhaben. Sonst hätte die Schaffung eines geschlossenen armenischen Siedlungsgebietes vorangetrieben werden müssen, was die moslemischen Turkvölker als Affront empfunden hätten.

Genau zu diesem Resultat ist es nun aber doch gekommen, und die zwei Jahre hinhalten Taktik haben nichts gefruchtet. Der Kaukasuskonflikt wird durch das Kriegesrecht notdürftig niedergehalten, aber nicht gelöst. Zudem drohen Ausweitungen. Vor allem stellt sich die Frage nach dem Solidaritätsreflex der zentralasiatischen Turkvölker jenseits des Kaspischen Meeres. Dann die Frage nach dem Mobilisierungseffekt in Iran und der Türkei, im Verhalten der Grenzbevölkerung bereits sichtbar geworden. Eine ausgewachsene internationale Katastrophe ist allerdings nicht zu erwarten. Iran stellt für die Sowjetmacht mehr einen Ärger dar als eine Bedrohung, und die Türkei unterliegt als Natoland zum Glück für Moskau (ja, so sind die Zeiten) dem mässigen Einfluss des Westens. Aber vor allem konkretisiert der Konflikt die Zerreissprobe, der sich die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken simultan ausgesetzt sieht.

Die Perestrojka, der Verlauf einer gesamt-sowjetischen Restrukturierung und Demokratisierung, ist bedroht, aber das gleiche gilt von der bisherigen Gesamtordnung, von jeglichen stabilen Verhältnissen.

Christian Brügger